

Bund ist trotz Trump gegen höhere Pharmapreise

Die Krankenkassen sind laut Bundesamt für Gesundheit kein geeignetes Instrument für Standortpolitik

HANSUELI SCHÖCHLI

Die USA hätten jahrzehntelang Europa subventioniert – das müsse nun aufhören. Diese Kritik der Regierung Trump zielt nicht nur auf die Rüstungsausgaben, sondern auch auf die Medikamentenpreise. Laut einer vielzitierten Studie der Rand Corporation zu Daten von 2022 war das mittlere Preisniveau in den USA für Originalpräparate zweibis viermal so hoch wie im Durchschnitt von 33 anderen reichen Volkswirtschaften (OECD-Ländern). Im Vergleich zur Schweiz war das amerikanische Preisniveau etwa zwei- bis dreimal so hoch.

Ende Juli schickte Trump Drohbriefe an 17 Pharmakonzerne. Die Preise in den USA sollen nicht mehr höher sein als in anderen reichen Staaten. Schweizer Pharmavertreter forderten in der Folge, dass Europa durch höhere Preise die drohenden Einbussen der Branche in den USA kompensiert.

Das Schweizer Preissystem kritisieren die Pharmavertreter seit langem. Eine Kernbotschaft: Innovation werde zu wenig belohnt, weshalb die Schweiz beim Zugang zu neuen Medikamenten zunehmend ins Hintertreffen gerate. Laut dem Branchenverband Interpharma gibt die Schweiz nur rund 0,4 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung für neue patentgeschützte Medikamente aus – in vielen anderen europäischen Ländern seien es 0,5 bis 1 Prozent und in den USA fast 2 Prozent. Gemäss Interpharma ist die «volle Verfügbarkeit» von innovativen Medikamenten in der Schweiz seit 2018 von 64 Prozent auf 47 Prozent gesunken; das liege weit hinter Deutschland (90 Prozent).

Höchstpreise in Europa

Ganz anders beurteilte das Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Lage in einem Gespräch am Dienstag. Dass die Schweiz allfällige Preiseinbussen in den USA durch höhere Preise hierzulande kompensieren solle, ist für die Behörde nicht nachvollziehbar. Die Schweiz habe bereits die höchsten Pharmapreise in Europa. Höhere Preise hiesse höhere Krankenkassenprämien, und der Zugang zu innovativen Medikamenten sei gut. Auch ein befragter Mitte-Parlamentarier sieht keinen Anlass für eine Preiserhöhung in der Schweiz als Ausgleich zu Preissenkungen in den USA. «Eine Sozial-



Das Preisniveau für Originalpräparate ist in den USA deutlich höher als in der Schweiz.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

versicherung ist nicht das richtige Instrument für Standortpolitik», betont das BAG. Das Amt zeigt sich aber offen für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Pharmaindustrie, unter anderem durch bessere Nutzung von Gesundheitsdaten für die Forschung.

Internationale Preisvergleiche hängen zum Teil von den verwendeten Wechselkursen und dem betrachteten Warenkorb ab. Doch laut diversen Analysen ist die Schweiz das Land mit den höchsten Preisen Europas für patentgeschützte Medikamente sowie für Generika. Das gilt etwa für die besagte Studie der Rand Corporation und für eine im laufenden Jahr publizierte Analyse aus Schweden.

Auch der jüngste Schweizer Preisvergleich durch den Krankenkassenverband und durch Interpharma zeigt ein ähnliches Bild: Demnach lag 2023 das Schweizer Preisniveau für Originalpräparate im Mittel rund 9 Prozent höher als im Durchschnitt der neun europäi-

schen Vergleichsländer. Das Niveau der allgemeinen Konsumentenpreise in den neun Vergleichsländern lag 2023 im Mittel allerdings etwa 45 Prozent höher als in der Schweiz. Aus dieser Sicht ist der «Aufpreis Schweiz» bei den patentgeschützten Medikamenten von 9 Prozent verhältnismässig bescheiden. Weit grösser ist er bei den Generika.

Verhandlungen kosten Zeit

Die neuste von der Pharmaindustrie finanzierte Studie zur Markteinführung von neuen Medikamenten in Europa zeigt derweil für die Schweiz kein allzu schlechtes Bild. Gemessen an der Verfügbarkeit lag die Schweiz auf Platz 4, und bei der mittleren Zeitdauer von der Marktzulassung bis zur Verfügbarkeit für die Patienten belegte die Schweiz hinter Deutschland den zweiten Platz. Deutschland ist für die Hersteller attraktiv wegen des grossen Markts und weil die Hersteller mit einer beschleunigten

Markteinführung für innovative Therapien im ersten Jahr den Preis selber festlegen können.

Ein Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle von 2023 hatte den Schweizer Behörden gute Noten bescheinigt. Die Überprüfungszeiten bei Swissmedic und beim BAG seien international wettbewerbsfähig. Gemäss BAG-Daten dauerte es von 2021 bis 2025 zwischen Geschustellung und Preisfestsetzung im Mittel rund 80 Tage. Das liegt über der Verordnungsvorgabe von «in der Regel» 60 Tagen. Der Hauptgrund für die Verzögerung sind laut der Finanzkontrolle die unterschiedlichen Preisvorstellungen. So betrugen gemäss BAG 2024 bei Originalpräparaten mit neuem Wirkstoff die Differenzen zwischen dem Preisantrag der Hersteller und dem festgesetzten Preis im Mittel knapp 30 Prozent.

Häufig seien neue Medikamente teurer als bestehende Therapien, ohne grossen Mehrwert zu bringen, moniert

ein Krankenkassenvertreter. Im geltenden System werden die Preise im Prinzip mit je hälftigem Gewicht auf Basis des Auslandpreisvergleichs (mit neun europäischen Referenzländern) und des therapeutischen Quervergleichs (Kosten einer ähnlichen bestehenden Therapie) festgelegt. Möglich sind überdies Innovationszuschläge.

Ärger mit Schaufensterpreisen

Der Auslandpreisvergleich beruht indes auf offiziellen Preisen («Schaufensterpreisen»), ohne Berücksichtigung von vertraulichen Rabatten. Laut dem BAG gewähren mittlerweile alle neun Vergleichsländer vertrauliche Rabatte, ebenso wie die Schweiz. Bei Auslandpreisvergleichen auf Basis von Schaufensterpreisen kann dies zu einem Hochschaukeln des Preisniveaus führen. Die Hersteller wollen Vertraulichkeit bei den Rabatten, um bei den Auslandpreisvergleichen anderer Staaten gute Karten zu haben – und die staatlichen Preisregulierer machen mit, weil sie ohne Vertraulichkeit weniger Rabatte bekämen.

Die Preise neuer Medikamente hätten sich in den letzten zehn Jahren etwa verdoppelt, heisst es in der Krankenkassenbranche. Neue Krebsmedikamente seien im Mittel 80 Prozent teurer als zum Vergleich herangezogene bestehende Mittel, sagt das BAG. Der Nutzen der neuen Therapien sei schon höher, aber kaum je um 80 Prozent. Und die generelle Tendenz laut BAG: «Die Kosten der neuen Medikamente sind höher als der Nutzen.» Das liege am Auslandpreisvergleich mit den Schaufensterpreisen.

Das vom Parlament diesen März beschlossene Kostendämpfungspaket ist für den Pharmasektor durchgewachsen. Unzufrieden ist die Branche mit einem neuen Preismodell, das für umsatzstarke Medikamente automatische Rabatte vorsieht. Dies soll die Kosten der Krankenkassen um etwa 350 Millionen Franken pro Jahr senken. Diverse andere Entscheide sind dagegen eher im Sinn der Hersteller – wie die Verankerung der Vertraulichkeit von gewissen Preismodellen und die Möglichkeit einer provisorischen Vergütung direkt nach der Zulassung. In Diskussion ist auch die stärkere Berücksichtigung des Nutzens bei der Preisfestsetzung. Die Umsetzung der neuen Regeln via Verordnung ist auf Anfang 2027 vorgesehen.